

Die „Volkswocht“ erscheint täglich Nachmittags um 6 Uhr und ist durch die Expedition, Rone Wraspenstr. 17/18, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 30 Pf. Vorbestellung bis Fr. 1896.

# Volkswocht

Insertionsgebühren: Bezugs für die einseitige Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für zweifache und dreifache 30 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Samstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.  
Organ für die werkschätzbare Bevölkerung.  
Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 243.

Freitag, den 16. October 1896.

7. Jahrgang.

## Der Parteitag in Gotha.

Man hat unsere Parteitage bis jetzt als die reinigenden Gewitter angesehen, welche den Jänhoff, der sich in einem Jahre über sammelt, zertheilen. Dies ist wohl sehr gut und schön, so lange es sich um principielle und taktische Fragen und die geheilten Ansichten darüber handelt — in dieser Beziehung sind gegenseitige Aussprachen am Platze — nicht aber, wenn so das Persönliche ins Treffen geführt wird, wie es leider in Gotha geschehen!

Wir wollen keinem Genossen verbieten, seinem Herzen Luft zu machen — nur fragt es sich, in welcher Weise und wo diese Herzensergießungen stattfinden.

Ein paar Tage lang war die Parteitage Angelegenheit auf der Tagesordnung; man spricht sich darum, wer Recht hat: „Vorwärts“ oder die „Vorwärts“-Redaction. Aber dies war das Nebenwichtige; vielmehr wurde über die Differenzen des genannten Genossen mit dem Centralblatte debattiert. Wir meinen, daß solche Angelegenheiten nicht vor das Forum des Parteitag gehören, sondern daß dieselben im engeren Kreise beigelegt werden sollten. Die Consequenz ist, daß jeder Genosse, mag er Hin- oder Runter gehen, sobald er mit einer Redaction in Meinungsverschiedenheiten geräth, das Recht hat, seine Sache vor den Parteitag zu bringen; denn was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. Auch tragen solche, von persönlichen Spitzeln nicht freie Debatten nur dazu bei, Erbitterung zu schaffen!

Bedauerlich geradezu sind die Ausfälle gegen unseren Genossen Liebknecht zu nennen. Sie waren zahlreicher und schwerer gegen früher und zum guten Theil unbegründet. Es mag ja sein, daß der „Vorwärts“ nicht dem Selbstbewußtsein einzelner Genossen entspricht, daß Manches an ihm verbesserungsbedürftig wäre, dieser Umstand jedoch ist aber noch nicht maßgebend für taktlose Angriffe, wie sie seitens einzelner Genossen erfolgt sind. Nicht nur die Genossen in Sachsen, sondern auch die anderer Provinzen wärden sich eine dickeatorische Haltung des Centralorgans nicht gefallen lassen, wie sie von einzelnen Redactoren angestrebt wurde. Liebknecht hat vollkommen Recht und hier hat er die Mehrzahl der Genossen im Lande draußen hinter sich stehen, wenn er sagt: Ich habe von der socialdemokratischen Partei eine andere Auffassung. Eine caesarische Regierung macht sich allerdings an, das Volk zu führen, in einer demokratischen Partei darf es aber keine Leithammel geben.

Und wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir annehmen, daß diejenigen, die jetzt für die führende Rolle des „Vorwärts“ eintreten, dann die meiste Opposition gegen eine solche Verwerfung machen würden. Das demokratische Gefühl besetzt jeden Genossen, wenn es gilt, den Redactoren unserer Presse gute Rathschläge zu erteilen, sollte aber vom Standpunkte dieses Princips aus ein Laie dem Genossen Schreier oder Tschirler Vorschriften über sein Handwerk machen wollen, der würde schon ankommen!

Ebenso war die Kritik welche von einzelnen Genossen über die „Neue Welt“ geübt wurde, sehr wenig gerechtfertigt. Die „Neue Welt“ ist als Unterhaltungsblatt nicht das, was es sein sollte, aber die Splitterrichtererei ging doch zu weit. Die Ansichten des Genossen Frohme über die

naturalistische Dichtkunst erinnert an den Bauer in dem bekannten Couplet, welcher die Venus „ein freches Weibchen“ nennt, weil sie keine Unterröcke an hat.

Nach den jüngsten Berichten haben ja diese Debatten ihr Ende erreicht und wir wünschen, daß die wichtigen agitatorischen Fragen die eingehendste Erörterung und Erleuchtung im Interesse der Partei finden werden. Besser wäre es allerdings gewesen, wenn statt der persönlichen Reibereien und gegenseitigen Vorwürfe der Parteitag gleich Stellung dazu genommen und praktische Vorschläge gemacht hätte, wie die Presse zu heben, die Organisation auszubauen und die Agitation zu fördern ist.

## Der Mörder v. Bräsewitz.

Wie schon mitgetheilt, hat der Premieroffizier v. Bräsewitz einen Bürger ohne Veranlassung niedergeschossen. Ueber diesen empörenden Vorgang wird der „Frankfurter Zeitung“ von einem Augenzeugen folgendes mitgetheilt:

Premierleutnant v. Bräsewitz begann mit Siepmann einen Wortwechsel, weil dieser angeblich beim Niederstehen an seinem Stuhl gefahren sein soll, was übrigens selbst von den mit Siepmann am gleichen Tische sitzenden Personen nicht bemerkt wurde. Siepmann erwiderte, er wisse nichts davon, daß er v. Bräsewitz angerempelt habe. Dieser rief hierauf den Wirth und forderte ihn auf, Siepmann hinauszuweisen, der nicht wisse, wie er sich zu verhalten habe. Der Wirth suchte die Beiden durch Zureden zu beruhigen, was ihm anscheinend auch gelang. Siepmann verließ dann das Local, kam aber gleich darauf wieder herein und setzte sich. Nach kurzer Zeit rief v. Bräsewitz sehr laut: „Sie haben mich in brüster Weise angerempelt und sich nicht entschuldigt.“ Siepmann erwiderte: „Ich weiß nichts davon.“ Daraufhin sprang v. Bräsewitz auf, stellte sich vor Siepmann hin und schrie: „Wollen Sie mich um Entschuldigung bitten, ja oder nein, ja oder nein, ja oder nein?“ Siepmann blieb ruhig sitzen und erwiderte schließlich: „Keine Antwort wird Ihnen auch genügen.“ Daraufhin trat v. Bräsewitz zwei bis drei Schritte zurück, schrie: „Nein, das genügt mir ganz und gar nicht“, rief den Säbel aus der Scheide und wollte mit hochgeschwungener Waffe auf Siepmann eindringen. Der Wirth und der Kellerer fielen ihm jedoch in den Arm und hielten ihn fest, während Siepmann das Local verließ und auf den Hof ging. v. Bräsewitz steckte seinen Säbel ein, setzte die Mütze auf, zog den Mantel an und rief dabei: „Meine Ehre ist caput, ich bin ein todtter Mann; morgen kann ich meinen Abschied einreichen.“ Mit diesen Worten verließ er das Local durch die nach der Karlsruher führende Thür. Dort stand ein Schuhmann, bei dem sich v. Bräsewitz erkundigte, ob Siepmann das Local verlassen habe. Als dieser das verneinte, sagte v. Bräsewitz: „den muß ich abpassen.“ Er holte dann zwei Feldwebel herbei, denen er befahl, an der Thüre zu bleiben, da er bedroht sei. Er selbst ging von der Kaiserstraße aus wieder in den zu den vordern Localen führenden Gang hinein. Inzwischen hatten der Wirth und ein anderer Herr dem Siepmann im Hofe zugerufen, er solle, um die Sache gütlich zu erledigen, am anderen Tage zu v. Bräsewitz gehen und sich entschuldigen, wozu er auch bereit schien. Er bot den Wirth, ihm seinen Hut zu holen. Der Wirth holte den Hut und wollte Siepmann vom Hofe auf den nach der Kaiserstraße führenden Hauptflur lassen. Als er die Thür öffnete, stand v. Bräsewitz direct vor der Thür und wollte mit den Worten: „Wo ist der Schuß?“ in den Hof eindringen. Der Wirth faßt ihn am Arme und rief ihm laut zu: „Herr Lieutenant, der Mann will sich ja entschuldigen.“ Von Bräsewitz erwiderte nichts, zog, als er Siepmann erblickte, den Säbel und ging auf ihn los. Siepmann ergriff die Flucht und rief: „Ich bitte um Verzeihung, vergeihen Sie mir.“ Am Ende des nur wenige Schritte langen Hofes holte v. Bräsewitz den Siepmann, der die Thüre zum Local nicht fand, ein und stach ihn nieder. Als er die blutige Waffe wieder einsteckte, sagte er: „So, jetzt ist meine Ehre gerettet“, und begab sich dann durch das Local ungehindert

auf die Straße. Siepmann wurde von einigen Herren in die Portierstube auf ein Bett gebracht, wo er nach etwa einer halben Stunde verschied. Der Säbel war auf der rechten Seite ungefähr 30 cm tief eingedrungen und hatte die Leber und wahrscheinlich noch andere Organe durchbohrt. Die Wunde war absolut tödtlich, und die ärztliche Hilfe war vergeblich.

Diese Darstellung findet in den Angaben der höchsten Blätter eine weitere Bestätigung. Insbesondere scheint festgestellt zu sein, daß der Bürger dem Offizier keine Veranlassung zu seinem Vorgehen gab und das Verlangen nach einer Entschuldigung unmotiviert war. Der junge Mann hat sich nach den Schilderungen völlig ruhig und verständlich benommen, so daß sich die That als ein ganz gewöhnlicher Todtschlag qualifizirt, nicht anders, wie die Messerassären täufernder Bauernburischen. Man wird sich auf das Beilichste abgestoßen fühlen von der Ausartung des Ehrbegriffes. Dieser Ehrbegriff ist nicht mehr der eines vernünftigen und ernsten Mannes, er würde, wäre die That nicht so grauenhaft, einfach in die Operette gehören. Man denke nur, daß der Offizier den Bürger niederschlug, bloß weil er glaubte, dieser habe aus Versehen an seinen Stuhl gefahren, daß der Offizier der Meinung war, hierdurch „entehrt“ zu sein und „quittieren“ zu müssen. Um seine materielle Existenz zu sichern, opfert er also ohne Zaudern und ohne Bedenken ein Menschenleben — Namens der sogenannten Standesehre! Muß man darauf aufmerksam machen, wie niedrig vom Standpunkt wahrer Moral und wahrer Culture eine solche Handlungsweise ist? Auf die Gefahr dieses „Standesbewußtseins“ für die übrige Gesellschaft weist der Vorfall wieder einmal mit Fingern; in Mannheim schossen fast gleichzeitig Unteroffiziere auf belebten Straßen ohne Rücksicht auf die Passanten nach einem fliehenden Gefangenen, in Karlsruhe sticht ein Offizier einen Bürger nieder, weil er seinen Stuhl berührt haben soll. Verlangt man noch nach weiteren Beispielen für das Vorhandensein und für die Gefahren des Militarismus? Wie auch das Urtheil des hinter verschlossenen Thüren tagenden Militärgerichtes ausfallen wird, von seinem eigenen Gewissen wird der Karlsruher Premierleutnant die schwere Verantwortung für das vergossene Blut nicht abwälzen können. Der Bevölkerung aber können Vorfälle wie dieser nur als stammwende Aufforderung dienen, dafür zu sorgen, daß auch der Offiziersstand nicht länger außerhalb der bürgerlichen Befehle stehe! Gleiches Recht für Alle!

## Politische Rundschau.

Der Bund der Landwirthe. Die „Bresl. Zig.“ veröffentlicht folgendes geheim: Schriftstück:  
Bund der Landwirthe.  
Berlin SW.  
Deffauer Straße Nr. 7.  
Berlin, den 9. October 1896.  
Streng vertraulich!  
An die Herren Vorsitzenden der Provinzial- resp. Landes-Abtheilungen, der Wahlkreise, Bezirks- und Hauptgruppen.  
Sehr geehrter Herr!  
Es wird Ihnen durch die Zeitungen schon die Nachricht gegangen sein, daß der Führer der socialdemokratischen Partei,

## Die Rückkehr von Mekka.

Bilder aus dem orientalischen Volksleben von Fritz Kurert.

Und doch, wie groß fühlte er sich in dieser kindlichen Kleinheit; denn mit Gott stellte er sich der ganzen Welt gegenüber; vor Gott ist das unendliche All nicht mehr als sein engbegrenztes Ich. Das immer wieder fortgesetzte Gebet stärkte so sein Selbstbewußtsein, seine Selbstachtung.

Und indem er in unverwundlicher Jähigkeit in seiner Zweifelsprache mit seinem Gott fortfuhr, wurde es ihm zur unerschütterlichen Gewißheit, daß Allah sein Gebet erhört habe und ihm gnädig sei; so kam zum Schluß des Gebetes eine von innen herauswachsende, mächtige Erlebung über Ibrahim. Als er aber geendet hatte, machte er weder dem Schreibengel zur rechten, noch dem zur linken Hand, die bei jedem gläubigen Beter stehen, die schuldigen Verbeugungen, sondern ging mit großen Schritten dem Ausgange des Tempels zu.

Als Ibrahim die Aya Sophia mit Sonnenuntergang betreten hatte, fiel — wie täglich im Ramadan um diese Zeit — ein Karonenschuß, der die Fassen während der Nacht unterbricht. Denn die „Sammlung der Schriften“, die Bibel der Moslems, schreibt hierüber ausdrücklich vor: „Der Monat Ramadan, in dem der Koran offenbart wurde als Leitung für die Menschen und deutliche Lehre des Guten, werde von Denen, so da gegenwärtig sind, gefastet. Begehret, was Gott Euch erlaubt, esset und trinket, bis man beim Morgenstrahle einen weißen Faden von einem schwarzen unterscheiden kann. Dann aber haltet Fasten bis zur Nacht! Bleibet von Euren Frauen und zieht Euch in das Bethaus zurück! — Das sind die Schranken,

welche Gott gesetzt. Kommt ihnen nicht zu nahe. Ihr Gläubigen! —

Ein und eine halbe Stunde nach dem Kanonenschuß, als Ibrahim den Tempel verlassen hatte, wurde das tägliche große Ramadan-Gebet in seinen Räumen abgehalten. Tausende und Abertausende von Gläubigen hatten sich nach den vorchriftsmäßigen religiösen Vorschriften versammelt. Sie ordneten sich in Gruppen und Reihen und lauschten andachtsvoll der Verkündung der Koran Suren und ihrer Auslegung. Dazwischen führten sie die von der Tradition vorgeschriebenen körperlichen Bewegungen aus; unermüdblich, unweigerlich fügte sich Alles ohne jede Ausnahme dem hellen Commando einer gewaltigen, bis in das letzte Wirselchen schallenden Stimme; immer von Neuem warfen sich die Antähtlaen zu Boden. Hunderte an Hunderte und Tausende an Tausende gereiht — so daß bei jedem Niedersinken der Menschenmassen ein dumpf donnerndes Getöse die weiten Räume erfüllte, welches sich an dem Säulenwalde der Moschee bricht, in den unteren Gewölben wie eine wilde Donnerschlag brandet und von der Hochkuppel schallerd widerhallt.

Und so, wie diese große Menschenmenge in der Aya Sophia betet, so beten die Rechtgläubigen in Hunderten von Moscheen und Bethäusern in der ganzen Kaiserstadt bis jetzt und jenseits des goldenen Horns, diesseits und jenseits des Bosporus, so beten sie an Tausenden und Hunderten darüber hinaus in der ganzen moslimischen Welt; und es ist, als ob der Islam, die Eingabe an Gott, Willkürfreiheit geworden wäre, als ob keine 150 Millionen Völker von China bis nach Marokko nur ein Herz und eine Seele hätten.

Als das große Gebet in der Aya Sophia beendet war, verließen die Gläubigen den Wunderbau, der durch den

Schimmer zahlloser Lampen, Lichter und Kerzen matt durchleuchtet war und der in diesem dämmernden Lichtschein in das Endlose zu wachsen schien.

Ibrahim hatte inzwischen am Almeidän, dem byzantinischen Hippodrom, ein Café ausgemacht, das sehr besetzt war. Jeder entschädigte sich jetzt für den Fastenwang des Tages, der auch das Rauchen, das Schnupfen, das Genuß eines Glases Wasser, von etwas Obst u. s. w. streng ausschließt, der den Strenggläubigen sogar veranlaßt, den Geruch einer Blume zu meiden und den eigenen Speichel nicht zu verschlucken.

Die Nacht wird nun zum Tage gemacht, die Straßen, Gassen und Plätze, die Kuppeln der Moscheen und die Spitzen und Galerien der Moscheenthürme — der Minarets — werden nach und nach erleuchtet, bis über die wei gereichte Hügelstadt auf der europäischen und asiatischen Seite ein ungeheures Meer von Lichtern erglänzt.

Der Ramadan mit seinem neunundzwanzigtägigen Fasten bringt eine wahre Umwälzung des gewöhnlichen Ganges der Dinge hervor; denn während der übrigen Monate stockt schon um zwölf Uhr türkischer Zeit — also nur Sonnenuntergang — jeder Verkehr in den türkischen Quartieren. Dann sind die Straßen lichtlos und einsam, und die Handlaterne aus Papier wird dem nächtlichen Wanderer weantbehrlich. Ungehört vertilgen die herrenlosen Hunde die Massen des Urathes der Hauptstadt bei nächtlicher Weile und machen sich so um die türkischen Verhältnisse verdient, als der Polizeipascha oder der Minister der öffentlichen Gesundheitspflege.

Während des Ramadan-Scherrifs bleiben die mittleren und höheren Schichten der orientalischen Gesellschaft bis in die finstere Nacht gefellig beisammen; die unteren Volks-

Webel, eine Anzeige gegen den Bund der Landwirthe eingereicht hat, weil seine Organisation gegen das preussische Vereinsgesetz verstoße.

Sie werden sich erinnern, daß von der Centralleitung aus seit dem grössten Gewicht darauf gelegt worden ist, daß die Provinzial- und Landes-Vereinigungen, bezw. Hauptgruppen es vermeiden müßten, irgendwo ein selbstständiges Vereinsleben zu entfalten.

Wir bringen insbesondere unser Rundschreiben vom 16. April 1896 in dieser Beziehung in Erinnerung. Wir bitten Sie deshalb wiederholt, die grösste Sorgfalt nach dieser Richtung hin walten zu lassen und bei allen Aeusserungen, die Sie in der Öffentlichkeit veranlassen, zu betonen, daß unser Verein ein einheitlicher Verein ist, der seinen Sitz in Berlin hat, und der selbstständige Zweigvereine nicht bilden darf.

Wir empfehlen deshalb ganz besonders bei den in jetziger Zeit einzuberufenden Versammlungen die Form Beobachten zu wollen, daß Sie die Bekanntmachungen wie folgt abfassen:

Der Bund der Landwirthe zu Berlin hält am . . . . . eine Bundesversammlung ab. (unterzeichnet):

Der Vorstand des Bundes der Landwirthe zu Berlin. In Vertretung: (Der Name des Vorsitzenden).

Wir . . . . ., daß diese Fassung in etwas von dem früheren, Ihnen gemachten Vorschläge abweicht, daß wir aber diese für die correctere und deshalb empfehlenswerthere erachten.

— Vom Colonial-Kayser. Die die „Frankfurter Stg.“ aus Berlin zuverlässig erzählt, hat der Colonialdirektor Dr. Kayser sein Abschiedsgesuch eingereicht. Das Blatt glaubt zu wissen, die Ernennung Dr. Kayser's zu einem anderen hohen Amte im Reichsdienst sei in Aussicht genommen.

— Die Volkspartei protestirt und — bewilligt! Die Volkspartei hat soeben auf ihrem Parteitage in Ulm folgenden heroischen Entschluß gefaßt:

„Die deutsche Volkspartei ist bereit, die für die Landesverteidigung und den Schutz der Handelsflotte erforderlichen Ausgaben zu bewilligen, aber sie protestirt, zumal Angesichts der schwer bedrängten Lage weiterer Kreise der Bevölkerung, insbesondere im Mittelstand und im Bauernstand, gegen eine Steigerung der Millionen verschlingenden Marine-Ausgaben für riesige Flottenparaden und für tyranische Flottenparaden.“

Die Resolution besteht aus zwei Theilen, die sich gegenständig aufheben. Man schalte diese Theile um, und — aus einer Farsen wird eine Schamade.

Als:

„Die deutsche Volkspartei protestirt, zumal Angesichts der schwer bedrängten Lage weiser Kreise der Bevölkerung, insbesondere im Mittelstand und im Bauernstand, gegen eine Steigerung der Millionen verschlingenden Marine-Ausgaben etc. — aber sie ist bereit, die für die Landesverteidigung und den Schutz der Handelsflotte erforderlichen Ausgaben zu bewilligen!“

So löst sich dieser Beschluß wie ein Zauberstein zusammenklappen. Und wie wird er gehandhabt werden? Das hängt davon ab, ob der Wetterhahn der politischen Öffentlichkeit Sturm oder klares Wetter anzeigt. D. die Volksparteiler sind zwar kleine Politiker, dafür aber große Diplomaten!

Gut ist auch der andere Beschluß:

„Die vorgeschlagene Organisation in Zwangs-Jurungen ist auf das Entschiedenste abzulehnen als unvereinbar mit den Interessen der Allgemeinheit wie des Handwerkes selbst. Auf der Grundlage eines neuen Entwurfs ist eine jugendliche Rekrutur des Lehrlingswesens, sowie die Einführung beratender Körperlichkeiten von Handwerkern (Handwerkskammern) zu verlangen.“

Auf das Entschiedenste der Entwurf abzulehnen, um stattdessen einen neuen, gleichartigen zu verlangen!

Erhebliches Weiden, die Volkspartei! Bald kommt sie mit geballten Fäusten vor — und plötzlich verzieht sie sich tief, macht eine Menge Krämpfe, läßt sich verlegen und bittet inständig Mal um Entschuldigung. Bald wieder beginnt sie mit einem milden Sägheln und mit einem Mal springt sie den Mund gewaltig auf, daß man glaubt, sie werde Einat-

Thron, Mar, das bajonnettestropende Meer, die Panzerhülle verfluchen . . . keine Angst — heißt nicht!

Wenn die großen Diplomaten der Volkspartei so fortfahren, Politik zu treiben, werden sie bald auf die Nationalliberalen kommen!

— Die Verschuldungen unseres Junkerthums werden von Zeit zu Zeit den Reactionären von Seiten unserer Freisinnigen vor Augen gehalten und sie mögen wohl daran thun, mit diesen Vorhaltungen ihren Uebermuth etwas zu dämpfen. Aber sie sollten sich zugleich die Frage vorlegen, wie war es möglich, daß dieses Junkerthum wieder so hoch kommen konnte, daß es sich die Führerschaft im Lande, die Vertretung des Bauernstandes und das Privileg auf Patriotismus und Religion anmaßen durfte. Dann sollten die Liberalen an ihre Brast schlagen und rufen: Nostra culpa, nostra maxima culpa! Unsere Schwäche, die Schwäche und Freigebigkeit der Bourgeoisie veranlaßte die Gefahrensucht von den früheren Idealen des Liberalismus; die Furcht vor dem Volke, vor den Arbeitern ließ die Bourgeoisie vor Militarismus und Bureaucratie in den Staub kriechen und sich zum Niederknien derselben machen. St. Sebald brachte die Junker von Sere zu Ehren.

— Die Stumm'sche Sippe legt ihre Angriffe auf die schon geringfügigen socialreformatorischen Maßnahmen, die in Deutschland beliebt worden sind, mit zunehmendem Eifer fort. Die „Deutsche Volksw. Corresp.“, die die Ansichten des Freiherrn v. Stumm und des Bundes der Großindustriellen vertritt, bringt zur Bäckerei-Verordnung des Bundesraths einen Artikel, worin ausgeführt wird, die Bäder sollten nicht die Rechtsbehändigkeit der Verordnung anfechten, sondern an den Wirkungen derselben nachweisen, daß der Bundesrath unvollkommen unterrichtet war. Damit würden sie dem gesammten Gewerbeleben einen Dienst erweisen, denn nicht nur die Verordnung müsse fallen, sondern der ganze § 120e der Gewerbeordnung müsse revidirt werden, damit der hygienische Maximalarbeitstag nicht auch für andere Gewerbe eingeführt werde.

Die geringfügigen Jugenderlasse, die 1891 bei Veranlassung der damaligen Gewerbenovelle den Großindustriellen abgerungen wurden, sollen also wieder beseitigt werden. So verlangt es das Interesse der Kohlen- und Eisenindustrie. Den Arbeitertrug, mit dem die ihnen so bittere Pille des Arbeiterentwurfes verquillert wurde, wollen sie natürlich behalten. Das Schicksal der Arbeiter soll allein maßgebend sein. Aber auch die Räume der Stumm und Consorten wachsen nicht in den Himmel.

— Unsere prächtige Gesundheitsordnung von 1810 erscheint wieder einmal in dergehaltener Beleuchtung in einem Proceß, der dieser Tage vor der Strafkammer in Regensburg (Westpreußen) stattgefunden hat. Es wird darüber Folgendes berichtet:

Eine schändliche Behandlung hat der 15jährige Dienstknecht Pauline M. von ihrer Dienstherrin, der Reichsrath Katharina Böhmke und ihrer Tochter Theresiana, in Regensburg erfahren. Da ihr der Dienst zu schwer war, so auch ihres mißhandelt wurde, verließ die Pauline M. ihre Stelle, wurde aber durch den Gemeindevorstand wieder zurückgehalten, weshalb sie eine tüchtige Nacht Prügeln bekam. Gleich darauf erließ die M. wieder. Frau Böhmke ließ nun dem Dienstknecht A. zu, die M. festzuhalten. A. ließ ihr nach, ergoß sie und handelte mit dem Dienstknecht die Hände zusammen. Am 1. Jan. die Theresiana A. hieß, erfaßte die Knecht und schloß die M. ins Haus, während der Dienstknecht ihr Stöße in den Rücken verlegte. Sie erhielt nun übermüthig eine tüchtige Nacht Prügeln und erließ deshalb zum dritten Male. Nun beschloß Frau A. dem Dienstknecht, er solle sich mit's Pferd legen, und die M., wenn er sie erfaßt hätte, auf's Pferd binden und zumindern. Diesen Befehl führte der Jäger hochwürdig aus. Er ergoß die M., band ihre Hände mit der Knecht wieder zusammen und be-

festigte dann den Riemen an dem Pferde und ritt so zu seiner Herrin zurück. Ein strafunwürdiger Sohn der würdigen Frau leistete nicht nur Hofsoldatendienste, sondern schlug das arme Opfer während des Transportes noch mit der Peitsche. Ein vorüberkommender Gastwirth machte dem grausamen Spiel ein Ende, zerhau die Fesseln des Mädchens und ermahnte dieses, ruhig zum Dienstherrn zurückzukehren. Die gefällige Herrin wurde von der Strafkammer zu 30 Mark Geldstrafe verurtheilt, mit Rücksicht darauf, daß sie durch das Verhalten der M. gereizt worden war und ein Schaden nicht entstanden ist.

Und das ist Rechts nach der Gesandtenordnung von 1810! Das dieses Ueberbleibsel der Leibeigenschaft beseitigt werden wird, ist nicht zu hoffen, so lange die agrarische Reaction das große Wort führen darf.

— Die Schießinstruccion. Wie die „N. Bad. Landeszeitung“ hört, beabsichtigt die freisinnige Stadtverordnetenfraktion in Mannheim, folgende Anfrage an den Stadtrath zu richten: „Was gedenkt der Stadtrath zu thun, um für die Zukunft zu verhüten, daß in den belebtesten Straßen der Stadt Mannheim seitens des Militärs von scharf geladenen Schußwaffen Gebrauch gemacht wird?“

Die Sache wird wahrscheinlich auslaufen wie das Hornberger Schießen. Der Militarismus ist Dank der Nachgiebigkeit des Bürgerthums schon so mächtig geworden, daß Interpellationen dieser Art nur eine akademische Redensart haben.

— Mannheim, 16. October. In Mannheim haben bei den Stadtverordnetenwahlen in der zweiten Steuerklasse bei einer Wahlbetheiligung von 90 pCt. die von unseren Genossen unterstützten Demokraten mit 975 Stimmen über die nationalliberalen Candidaten mit nur 837 Stimmen gesiegt. Damit ist die Macht des nationalliberalen Klist als endgültig gebrochen.

Italien.

— Eine Massen desertion italienischer Soldaten wird gemeldet. Gegen hundert im Canton Bellin stationirte italienische Alpenjäger, welche nach Afrika abgehen sollten, desertirten zum größten Theile über die Schweizer Grenze.

Schweiz.

— Gegen das Bundesbank-Gesetz sind, wie der „Bund“ mittheilt, bis zum Sonnabend Mittag der Bundeskanzler in Bern 46,000 Referendums-Unterschriften gesammelt. Da nur 30,000 gültige Unterschriften erforderlich sind, um eine Volksabstimmung zu verlangen, so muß nun unter allen Umständen eine solche stattfinden. Der Bundesrath hat den Tag dieser Abstimmung festzustellen. Ohne Zweifel wird in den nächsten Tagen noch eine ganz beträchtliche Zahl Unterschriften einlaufen.

Frankreich.

— Strafkolonisten auf Madagascar. Wie das „Völker-Zeitung“ erzählt, hat sich General Galliani, der französische Oberbefehlshaber von Madagascar, mit dem Ersuchen an die französische Regierung gewendet, ihm Straflinge der französischen Strafkolonien behufs Vornahme von Wegebauten und Befestigungsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Die Regierung scheint zur Bewilligung der Forderung geneigt, stößt aber auf Schwierigkeiten, da eine solche Verwendung der Straflinge außerhalb der Colonien gesetzlich nicht zulässig ist. Es ist daher wahrscheinlich, daß den Kammeren ein Entwurf auf Gesetzesänderung in diesem Sinne vorgelegt werden wird.

Durch eine solche Gesetzesveränderung würde die jetzige Unmenschenlichkeit der französischen Strafverurtheilung verdoppelt werden: warum nicht gleich die Todesstrafe, die man verhängt, auch aussprechen? Aber es ist der vollkommenen französischen Bourgeoisie zuzutrauen, daß sie die Opfer der socialen und wirtschaftlichen Zustände um des Profites willen in Madagascar zu Tode peinigern läßt.

lassen aber müssen an die Zeit der Tausenden denken, die ihnen der Hamman doppelt schwer macht. Trotzdem ist natürlich das Verhängnis in den provisorisch erleuchteten Straßen in der ersten Stunde nach Sonnenuntergang ein ganz ungewöhnliches; allen nicht als wird es drängend, die Lichter, Gleichheit und Gleichheit ungewöhnliche Grundzüge des Volksthumens sind, Grundzüge, die man in den meisten Volksthumern ganz allgemein vorfindet, vornehmlich, daß jüdischer Charakter nicht ungewöhnlich ausgesprochen hat.

In Abraham hatte sich vor dem Gefe Salomon geistlich und sie freuten sich mit der anderen Säulen des Landes, der prächtigen Illumination.

Besonders herrlich erschienen die feurig glühenden Sternsprüche, wenn die Köpfe in der Nähe des Gefe eine anspannen hatte. Diese Sprüche waren sich wie flammende Sternsprüche von Salomon zu Salomon und erwidern aus einem Entzücken der Entzücken, als seien sie geistig, in der Gegenwart geistig, während die hell erleuchteten Säulen der Köpfe, wie man bei der Gefe festhält und als Sternsprüche von Salomon geistig hingebend, erschienen.

Nach und nach war der Raum in und vor dem Gefe überfüllt, Alles rührte mit der Schwärze zusammen, man sah die Menschen die Platz zu schaffen, und Abraham und sein Sohn befanden sich bald in einem Kräfte von Moses, Jakob, Maria, Rebecca, Isaac, Jakob und Joseph; unter ihnen befanden sich bekannte Könige geistlich und religiöser Charakter, Recht- und Gerechtigkeit, Weisheit und Gerechtigkeit, verschiedene Gelehrte, Philosophen und Studenten der Rechte- und Religionswissenschaften.

Die Unterhaltung trug sich um öffentliche Angelegenheiten und das Land von dem einen zum anderen Gegenstand. Einige bekannten, der Herrschal-Jaham, das Dörfer der Moses, während des großen Gebetes in der Aya Sophia gehen zu haben. Jeder, ein Recht, bedankte mit einem ungewöhnlichen, hochbedeutenden Augen, daß ihr gemeinschaftlicher Geist nur eine Stellung nahm, nicht aber über den Charakter des Reiches, den Reichspräsidenten, habe, da der Herrschal-Jaham die Seele und der Raum in letzter Ordnung verlegte, und von jenen Entzückungen doch schließlich Alles abhängig ist oder wenigstens sein sollte.

Salomon aber hatte nur mit seinem Ohr auf diese wunderlichen Unterhaltungen und begrüßte seinen Freund Abraham, einen Richter, zu dessen Dienst es gehörte, und von der Galerie des Thrones herunter die Gläubigen zum Mal am Tage und pöbeln auch des Reiches zum Gebet zu rufen mit der Stimme: „Gott ist der Höchste; ich bezeuge, daß bei Gott ist unser Allah; ich bezeuge, daß Mohammed der Gesandte Gottes ist. Kommet zum Gebet, Kommet zum Gebet! Gott ist der Höchste; es ist kein Gott außer Allah.“

Da hatte Salomon den mühseligen, jüdischen Gesandten Abraham verstanden und nach den Schatzkammern ohne ihr keine Tagesbegehung zusammen. Sie plauderten wie gut, alle Schätze und Salomon fragte der Abraham, ob ihm noch etwas auf der Galerie nicht pöbeln die Begehung kam, daß die erhabenen Köpfe Abraham's nachgelassen wurde.

Abraham erwiderte, daß ihm allerdings der Blick in die Tiefen der Erde gegeben ist; allein er habe sich jetzt vollständig davon gewöhnt. Er gab Salomon, zu deren ihm langwierigen Reden pöbeln die Säulen hinunterließen. Das ist allerdings eine beträchtliche Höhe

ohne die Spitze, welche etwa ein Fünftel der Gesamthöhe ausmache; aber die Minarets seien nicht nur zierlich, sondern auch solid und überaus künstlich aufgeführt, um ihrem Zweck bequem und dauernd entsprechen zu können. Im Innern eines Minarets würden sich zuweilen drei Treppen so ineinander, daß drei Personen zugleich hinauf- und drei hinabsteigen könnten. Allerdings liege Alles tief und wie unmittelbar zu den Füßen des Gerahschauenden, aber ihm sei dieser Ausblick nicht mehr schrecklich auf die Markoworthöfe und Fontänen, auf die Armentüchen und Moscheezulen, die Päder und andere zur Moschee gehörende Gebäude; jetzt sei ihm der Ausblick sogar Bedürfnis geworden.

Als dem Gespräch über die Rangstufe des Scheichs Jaham hatte sich auch Bealoubi, ein Reformparteiener aus der höheren Beamtenwelt betheilig. Bealoubi trug das Reform-Jah und den schwarzen anliegenden Effendirekt mit niedrigem, engerem Steifragen. „Ihr müßt nicht“, sagte er, „orthodoxer sein, als der Scheich ul-Jaham selbst.“ Im Interesse des öffentlichen Wohls und der nationalen Ordnung seien nur die Dinge einmal geregelt, und zwar so, daß die Fortschritte auf allen Gebieten: Schibab seien; jeder Wohlgestante erkenne das auch an.

Bealoubi erfuhr von allen Seiten Widerspruch, was ihn nicht stark berührte, denn einmal war er von der Unfehlbarkeit seiner eigenen Ansichten ausreichend überzeugt, andererseits wußte er, daß er nicht gegen die Strömung, sondern mit dem Strom schwamm. Hatte doch die Reformpartei die Macht in den Händen, und darum konnte man getrost über die veralteten Anschauungen der orthodoxen Altthäter, welche vor den Moses geführt werden, zur Tagesordnung übergehen. Er ging deshalb auf die Einwände der Moses nicht ein, sondern suchte nur mit der Mene eines überlegenen Staatsmannes mit den Köpfen. (Fortsetzung folgt.)

England.

London, 14. October. Die Birmingham Post... Gladstone werde einen Sitz im Unterhause annehmen...

Parteitag

der deutschen Socialdemokratie.

Gotha, 14. October 1896.

Es folgt der 6. Punkt der Tagesordnung: Berichterstattung über den Londoner internationalen Congress. Bebel führt als Referent aus, daß es sich nicht darum handle, daß der Parteitag Stellung nehme zu den Beschlüssen des Londoner Congresses...

Nun zu dem Ausschluß der Anarchisten, über den nicht viel zu sagen ist. Es ist unbestreitbar, wie sich der Congress 3 Tage mit dieser Frage beschäftigten konnte. Dieselbe Resolution, auf Grund deren die Anarchisten in Zürich ausgeschlossen wurden...

Die Debatte über den Londoner Congress eröffnet Liebesrecht. Er will nur einigen Mißverständnissen entgegenreten, die Bebel's Rede hervorrufen konnte. Die Independent Labour Party legt nicht mehr Gewicht auf das Gewerkschaftswesen...

Greuz-Weipzig: Man habe ihn in seiner Umgebung als Anarchisten bezichtigt, und doch habe er nie Veranlassung hierzu gegeben in seiner ganzen Thätigkeit. Was er einmal privatim geäußert habe, das sei etwas ganz anderes. Er habe gesagt, daß Fischer und Schmidt ihre geistigen Reden gegen Eisenrecht vor einigen Jahren nicht hätten halten dürfen...

Schoenlant erwirbte, daß er es dem Parteitage überlasse, über die Stellung und Meinung des Genossen Grenz zu urtheilen. Hildebrandt, Stuttgart: Die Anarchisten wollen mit uns nicht sachlich discutiren, sondern sie wollen nur einseitig Propaganda für ihre Anschauungen machen. Schoepflin: Die Anarchisten mit ihrem Oberhaupt Gustav Landauer besitzen die nötige Unerschämtheit, um überall da, wo wirtschaftliche Kämpfe stattfinden, aufzutreten...

Liebesrecht polemisiert gegen Grenz. Der Vergleich mit dem Reichstag ist nicht zutreffend. Im Reichstag kämpfen wir mit unseren Gegnern, auf den internationalen Congressen wollen wir aufkommen, nicht über für uns längst abgetragene Fragen Rastlosigkeit abhalten. Die Anarchisten wollten den Congress nur als Pöbelsthal benutzen, weil sie sonst in ihrer Kleinheit nicht beachtet werden.

Leutert, Apolda. Es giebt viele Arbeiter, die zum Anarchismus neigen, denen es nicht schnell genug geht. Grenz hat diese Arbeiter gehört, er hat sie nicht belehrt. Der Anarchismus ist die Selbsthilfe nach Schulze-Delitzsch, die ins Faustrecht ausarten muß, soll sie Erfolg haben, sonst aber nur eine Phrase bleibt. Beler, Weipzig erklärt, daß die Weipziger Parteigenossenschaft einmütig im Gegentatz zu Grenz mit dem Ausschluß der Anarchisten einverstanden sei.

Die Discussion wird geschlossen. In seinem Schlußwort hält Bebel die Behauptung aufrecht, daß die Tradesunionisten in ihrer Vertretung benachteiligt worden sind. Mit den Anarchisten können wir nicht arbeiten. Socialdemokratische und anarchische Weltanschauung scheiden sich, wie Landauer selbst zugegeben habe, wie Feuer und Wasser.

Der Congress erteilt in Bezug auf den Ausschluß der Anarchisten der deutschen Delegation in London einmütig ein Vertrauensvotum. Nur Grenz-Weipzig enthält sich der Abstimmung.

Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung: „Organisation“, über den Abg. Auer referiert. Redner knüpfte an die Auflösung des Parteivorstandes an, die der Partei eine neue Organisationsform aufgebrängt habe. Er beklagt den Rückgang der Geldzahlungen aus den Orten im Lande. Der Rückgang sei um so verwunderlicher, als doch die Organisation überall strenger geworden sei. Es komme nicht so sehr auf die Höhe der abzuliefernden Beiträge an, als daß sich jeder Ort bemüht sei, zu den gemeinsamen Kosten beizutragen. Neben den Zuschußprovinzen braucht die Centrakasse auch Ueberzuschüprovinzen. Württemberg könne an ehesten Ueberzuschüsse abliefern, denn es habe am wenigsten Chikanen, am wenigsten Gerichtskosten aufzubringen. Er erinnere, daß Dresden für einen Proceß 30,000 Mark Gerichtsosten habe zahlen müssen. Am schlimmsten siehe es in Hessen, das trotz der starken Partei Zuzuschüsse brauche. Einer weiteren Decentralisation der Organisation müsse jetzt Einhalt gethan werden. Auf die Auflösung der Parteivorstände vorbereitet gewesen, nicht weil er sich einer unredlichen Handlung bewußt gewesen wäre, sondern weil er seinen Köhler kannte. Der gegen die Partei gerichtete Schlag habe sich gegen die veraltete Bestimmung des Richtminderbindungsartikels in den Vereinsgesetzen gerichtet. Nach einer Erklärung des Reichstanzlers soll das Verbot des Inverbindungsartikels aufgehoben werden. Freilich werden neue Schwierigkeiten gemacht werden. Aber so lange man nicht klar sehe, empfehle sich keine Aenderung. Redner schlägt die folgende Resolution vor:

Nachdem durch polizeiliche Maßnahmen des Polizeipräsidiums Berlin, welche durch richterliche Entscheidung in erster Instanz bestätigt worden sind, die im Organisationsstatut der socialdemokratischen Partei vorgeordnete Parteileitung (Vorstand und Controlcomite) als ein politischer Verein erklärt worden ist, welcher angeblüh gegen die Bestimmungen des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes verstoßen habe und die Schließung dieses Vereins ausgedroht worden ist, protestirt der Parteitag gegen die in dieser Maßnahme befindete Ausnahmehandlung gegen unsere Partei. Der Parteitag constatirt, daß sämtliche bürgerlichen Parteien in Bezug auf ihre Organisation und speciell die Parteileitung, Einrichtungen haben, welche, wenn sie nach dem Maßstabe gemessen würden, welcher gegen unsere Parteiorganisation anzulegen beliebt wurde, in viel weitgehender Weise gegen die bestehenden Gesetze verstoßen, als dies bei unserer Organisation der Fall ist.

In Erwägung des Umstandes, daß die richterliche Entscheidung gegen unsere Parteiorganisation noch beim Reichsgericht als letzte Instanz anhängig ist, beschließt der Parteitag, bis auf Weiteres von einer Aenderung der Parteiorganisation abzusehen.

Der Parteitag billigt die durch die Fraction aus Anlaß der polizeilichen vorläufigen Schließung des Vereins-Parteivorstandes getroffenen provisorischen Maßnahmen:

Einschickung eines geschäftsführenden Ausschusses mit dem Sitze in Hamburg und die Leitung der politischen Angelegenheiten der Partei durch die Reichstagsfraction und beschließt:

Dieses uns aufgezwungene Provisorium bis zur endgültigen richterlichen Entscheidung resp. bis zu dem nächsten Parteitag aufrecht zu erhalten.

Zur Ausführung der Controle über die Handhabung der Parteigesetze und als eventuelle Beschwerdestelle wird der Parteitag eine Controlcomission ein, welche aus 7 Personen bestehen soll und ebenso, wie die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses, auf dem Parteitage zu wählen sind.

Die zum Punkt Organisation gestellten Anträge werden entweder zurückgezogen oder erhalten nicht genügende Unterstützung, unter letzteren ist ein Antrag, den Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr abzuhalten. Es steht also nur das Referat zur Discussion.

Eine Anzahl Redner verteidigt ihre Bezirke gegen die Klagen Auer's über mangelnde Gelbabilisierung an die Centralcomite mit der Nothwendigkeit großer Aufgaben in der engeren Heimat, so Schmidt-München und Schleicher-Mech.

Er a u t w e i n - D u e b l i n b u r g befreitet, daß die Opferwilligkeit der Genossen nachgelassen habe. Die Centrakasse sei dafür nicht allein beweiskräftig.

R o e n e r - H a m b u r g schießt sich dem Collegen Auer an.

S c h e r m - M ü n n e r b e r g: Auer hat das Lob der Bayern mit so viel Spitzeln verjezt, daß seine Rede verlegen wurde. Er war auch nicht objectiv, wenn er nur Süddeutschland vornahm, er hätte auch Stichproben aus Norddeutschland machen können. Wenn sich in Bayern die Verhältnisse gebessert haben, so ist das nicht Auer's Verdienst.

Die Discussion wird geschlossen, die Auer'sche Resolution angenommen, nachdem Auer lebhaft bestritten, daß er die süddeutsche Opferwilligkeit hätte in Zweifel ziehen wollen. Es überwiegt nur eine Art Provinzialismus das Gefühl der großen Zusammengehörigkeit.

Schluß der Sitzung.

Gotha, den 15. October 1896.

Singer eröffnet die heutige Sitzung und theilt mit, daß die Beschwerten, zwei aus Braunshweig und eine von Frau Sudela aus Berlin eingegangen sind.

Zur Verathung gelangt die Frage des „Arbeitergesetzes“, über die Abg. Auer referirt. Er führt aus: Die Stimmung in unserer Partei, welche die sogenannte praktische Politik regierte, ist glücklich überwunden. Die Partei steht jetzt einmütig auf dem Standpunkte, daß wir die Genossen kampffähig machen, wir betätigen den Kampf auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete. Es giebt kaum einen

Politiker, der nicht auch gewerkschaftlich agittirt, leider giebt es aber zahlreiche Gewerkschaften, die sich von der politischen Agitation fern halten. (Beifällige Zustimmung.) Ich kenne keinen Redner, der es grundsätzlich abgelehnt hätte, in einer Gewerkschaftsversammlung zu sprechen. Es sind nun in letzter Zeit Vorschläge zu wirthschaftlicher Betätigung in den Gewerkschaften gemacht worden. Ueber die Frankfurter Vorschläge herrscht wohl nur die eine Meinung, daß sie nicht viel Neues bringen, daß das Neue aber unbrauchbar ist. (Rufe: Arbeiterkühn!) Ja, die Frankfurter Vorschläge beschäftigen sich ja mit Arbeiterkühn. Ich glaube, die sachliche Seite dieser Vorschläge kurz behandeln zu müssen. Die Dresdener Vorschläge haben sehr interessirt, bringen aber auch nicht viel Neues. Der geschäftliche Ausschuss ist von der Partei stets ausgenutzt worden, eher zu hastig als zu langsam. Einer Aufforderung, mehr zu thun, bedarf es nicht. Parvus meint, es wäre Zeit, an den Achtstundentag zu denken. Er muß das Material der Reichstagsfraction schlecht kennen. Wir haben einen derartigen Antrag im Reichstag schon vor Jahren eingebracht. Der allgemeine Antrag umfaßt natürlich auch die Staatsbetriebe. Wir haben bei jeder Gelegenheit auf die Nothwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit hingewiesen. Oder glaubt man, daß ein formulirter Antrag mehr nützt, als eine Besprechung beim Etat? Das heißt doch den Parlamentarismus überhaken. Auch die Presse beschäftigt sich sehr ausführlich mit der Frage. In diesem Punkte nennt Parvus offene Thüren ein. Die neue Gewerbeordnung hat sich nicht so gestaltet, es wird nur directe körperliche Bedrohung bestraft. Die Verhältnisse haben sich also geändert. Falls heute jede Kländigung fort, so wäre nicht der Arbeiter, sondern der Arbeitgeber im Vortheil. Der Arbeiter würde von jeder Laune des Brotherrn abhängen, seine Existenz würde jeder Sicherung entbehren. Die Dresdener Genossen verlangen von der Fraction die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für Arbeitergesetzgebung, der nicht nur in der Fraction, sondern auch außerhalb der Fraction thätig sein soll. Die Fraction hat heute schon die einzelnen Materialien der einzelnen Mitglieder zugetheilt. Mit der Thätigkeit außerhalb der Fraction weist man dem Abgeordneten unerfüllbare Aufgaben zu.

Was den Antrag betreffend die Einführung des Acht-Uhr-Ladenschlusses anlangt, so ist er die kleinste Abschlagszahlung, die man dem Proletariat überhaupt anbieten kann; er ist in jeder Hinsicht ungenügend, denn er besagt doch nur, daß die Läden um 8 Uhr Abends geschlossen werden sollen, während es dann freiesteht, sie um 5 Uhr Morgens wieder zu öffnen. Referent schlägt schließlich die Annahme der folgenden von ihm eingereichten Resolution vor.

Arbeiterkühn.

Der Parteitag erklärt: Die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz war und ist eine der wichtigsten Aufgaben der socialdemokratischen Partei, wie sie dies bereits in ihrem Programm und in den Resolutionen der nationalen und internationalen Congresses wiederholt ausgesprochen hat. Auch weiterhin wird sie ihre Kraft einbringen, um durch die politische wie durch die gewerkschaftliche Agitation den gesetzlichen Achtstundentag zu erkämpfen und das Arbeiterrecht zu einem Bollwerk gegen capitalistische Ausbeutung zu gestalten.

Der gesetzliche Acht-Uhr-Ladenschluß, wie ihn die Reichscommission für Arbeiterstatistik vorschlug, ist nur ein durchaus ungenügendes Verbot der Nacharbeit und entspricht keineswegs den berechtigten Ansprüchen der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Da aber deren capitalistische Gegner sich dieses bürgerlichen Arbeiterschutzes verweigert, weil angeblich durch ihn die Interessen der Kaufleute, besonders der arbeitenden Bevölkerung benachteiligt würden, erklärt der Parteitag, daß die Arbeiter für die Forderung der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen eintreten, die Einführung des gesetzlichen Acht-Uhr-Ladenschlusses als keine Schädigung ihrer Interessen betrachten und selbstverständlich für den Schutz jeder Arbeitercategory eintreten.

In der Discussion tritt

A d l e r - H a l b e r s t a d t sich mit dem Referenten einverstanden, er wüßte eine Arbeiterlosen-Statistik und vieles andere, glaube aber, daß die Fraction schon den richtigen Weg finden werde.

S i c h o r n - D r e s d e n ist einigermaßen erjaunt über das Referat Wurm's. Es waren allgemeine Redensarten und eine Besämpfung aller vorliegenden Anträge. Er hätte doch die Ursachen der stottern Arbeiterbewegung erklären müssen. Der wirtschaftliche Aufschwung besteht, aber in der ganzen Arbeiterbewegung kam eine Regellosgkeit sichtlich zum Ausdruck.

S t a d t h a g e n. Der Acht-Uhr-Ladenschluß bedeutet nur die Bewährung einer geringfügigen Nachruhe an die Handelsangehörigen. Von einer Verkürzung der Arbeitszeit kann gar keine Rede sein. Die Partei werde sich nicht gegen die kleine Ertragskategorie wenden, aber sie dürfe die Bedeutung des Acht-Uhr-Ladenschlusses nicht überschätzen. Redner tritt im übrigen für die vom Referenten vorgelegenen Resolutionen ein und bittet, die übrigen Anträge abzulehnen.

B o e m e l h u r g - H a m b u r g findet sehr mangelhaftes Interesse für diese so wichtige Frage bei den Parteigenossen. Die Schuld hat theilweise Genosse Wurm, dessen Referat jedes höheren Gesichtspunktes entbehrt habe. Wenn für die Verkürzung der Arbeitszeit etwas gethan werden soll, so muß man zunächst in den Gewerkschaften dafür agitiren. Dann erst wenn die Gewerkschaften alles erreicht haben, greift die Gesetzgebung nachzuschinken. Das ausgezeichnete Material, das vorhanden ist, wird von den Versammlungsberechnern nie benutzt, immer wieder werden dieselben allgemeinen Redensarten gebraucht. (Sehr richtig!)

T i m m - B e r l i n: Die Partei steht unverändert auf dem Standpunkte von Kopenhagen, Widen und St. Gallen, daß von der Regierung und den gegnerischen Parteien für den Arbeiterschutz nichts zu erwarten ist. Dies ist zwar nichts Neues, aber jetzt gerade aktuell geworden. Genosse Parvus ist in seiner gewerkschaftspolitisch zweifellos sehr interessant, in praktischen Fragen aber überhäuft er den Einfluß der Partei. Die wichtigste Frage ist das Coalitionsrecht und mit ihr werden sich die gesetzgebenden Körperschaften ja beschäftigen.

W e i n h e b e r - H a m b u r g schießt sich den Ausführungen Bömelburgs über die Unzulässigkeit an. Die Hamburger Gewerkschaften würden den Rath Bömelburgs befolgen.

F r i e d r i c h - B a a d e r tritt im Interesse der Handlungsangestellten für den Acht-Uhr-Ladenschluß ein, der doch mehr Bedeutung habe, als ihm Stadthagen beimeiste. Mehr Aufmerksamkeit müsse den Arbeitsverträgen geschenkt werden.

D r. D u a r t - F r a n k f u r t: Das Referat Wurm's ist richtig von Eichhorn charakterisirt worden, es haftete stark an der Oberflächlichkeit. Er hätte mehr auf die Anträge eingehen können. Es ist falsch, wenn man sagt, den Gewerkschaften sei durch die Socialgesetzgebung der Inhalt genommen, im Gegentheil, sie haben jetzt die Controle über die Socialgesetzgebung vorzunehmen und sind während auf der Lauer zu stehen, um zu sehen, wo die Gesetze Lücken und Schäden haben. Die hiesigen Gewerkschaften beschäftigen sich schon mit der Socialgesetzgebung, den Leuten wird die Beschäftigung damit auch nothwendig aufgedrungen werden. Die Verhältnisse auf diesem Gebiete schreien nach Vereinheitlichung.

M o l l e n b u r g - H a m b u r g: Es hat immer Utopisten gegeben, die ein Universalmittel gegen alle Uebelstände erfunden zu haben glauben. Auch Parvus' sein Universalmittel gefunden. Seine Vorschläge klingen sehr radikal, sind aber in Wirklichkeit das Gegentheil. Wollten wir nur den Achtstundentag zur Bapparole machen, so würden wir uns zur Reformpartei degradiren, von der unsere Gegner schon lange träumen. Bei der Propaganda für unsere Ziele müssen wir stets den ganzen Socialismus ins Feld

fahren, nicht ein Stück herausgreifen. Deshalb werden solche im...

Baumwollener Reifer weiß auf die mangelnden Vorrichtungen für die...

Regien. Hamburg hält es für durchaus erforderlich, daß sich die...

Die Diskussion wird geschlossen. In seinem Schlusssatz bemerkt Wurm, daß alle die Zahlen...

Die Resolutionen wurden angenommen, ebenso ein Antrag Vollenbusch auf...

Partei-Angelegenheiten.

Eröffnung. Bei dem Unterzeichneten sind im Monat September folgende Parteibeiträge eingegangen:

- Auerbach 1. S. Ueberichs der Mai-Zeitung 12.— Allenburg, Dahlh. 100.— Berlin, 1. Wahlkreis (Dk) 1000.—

- Mitgl. d. U.-Dr. 8. Rate 5.— Friedrich Engels 5.— Gutenberg 100.— J. Bag 2.— S. G. W. 20.—

Arbeiterbewegung.

In Köln ist der Ausbruch der Spinner der Kölner Baumwollspinnerei für beendet erklärt.

In Schwabmühlbach haben die Arbeiter der Buchdruckerei von G. Lukas (Verlag des „Thüringer Volksboten“) durch Arbeit...

Der Streit des Personals des General-Anzeigers in Würzburg war es mit den zugewiesenen Streit...

In Marseille haben die Eisengießer mehrerer Firmen die Arbeit eingestellt. Ueber die Ursache berichtet eine bürgerliche...

ring, behielten dafür jedoch ein Procent des Lohnes zurück. Die Arbeiter...

Gerichtliches.

Mainz, 13. October. Die Ehefrau des Arbeiters W. Schröder war kurze Zeit auf das Polizeiamt sitzend worden. Sie hörte dort...

München, 15. October. Der Morbprozess Berchtold wurde in späten Abendstunden gestern nach zwölfstägiger Verhandlung...

Stadt-Theater.

Freitag: „Das Feinchen am Herd.“ Sonnabend: Der Bäckermeister.

Lebe-Theater.

Sonnabend: Die offizielle Frau.

Thalia-Theater.

Sonntag: Zwei Wappen.

Victoria-Theater.

Direction Müller. Vollständig neues Programm. Preis: Nummer 1 Platz...

Circus Renz.

Eden-Theater.

Tägliche Abende 7 1/2 Uhr: Sensationelle Vorstellung.

2 Monate-Vorstellungen 4 und 7 1/2 Uhr.

Zieler-Programm.

Der Scherenschnitt ist ein...

Dauerhafte Stiefeln und Gewächse...

man am reellsten und billigsten bei...

Ernst Stengritt

Matthiasstr. 74. Besatzungsverzeichnis.

F. Gutentag, Stodgasse 29

empfiehlt sein ganz besonderes...

Bei Hünen und Geierzeit

und aller Fein- und Halbweizen...

Enkajptus-Bonbons

und alle Fein- und Halbweizen...

und alle Fein- und Halbweizen...

und alle Fein- und Halbweizen...

Herren-Garderobe Complete Anzüge in allen Stoffen und nur reeller Ausführung empfehle ich billiger als Ueberall. Eduard Freund, Menschestr. 57, Ede Hinterhäuser.

Schuhwerk. H. Christmann. 1862 Schuhmachermeister. Farin. E. Adamy.

Uchtung! Uhren und Goldwaaren. Albert Mowius, Uhrmacher. Reparaturen, Uhren zu jedem Preise.

Vereins-Kalender. Breslau. M. G. B. „Vorwärts“. Verein der Arbeiter...

Bei Hünen und Geierzeit. Enkajptus-Bonbons. Ernst Stengritt.

Schuhwaaren. Paul Quitt. Fabrikant und nur bestes Material für Herren, Damen und Kinder.

Arbeiter-Verein. Striegau. Abend-Unterricht. Arbeiter-Verein.

Locale Rundschau.

Breslau, den 16. October 1896.

Der grobe Unfugparagraf.

Wie unseren Lesern erinnerlich, wurde vor Kurzem der frühere verantwortliche Redacteur unseres Blattes, Genosse Steiger, wegen groben Unfugs zu 100 Mark Geldstrafe verurtheilt, weil in einem „Briefe vom Lande“ gesagt worden war, die Arbeiter seien in Folge der schlechten Verhältnisse auf's Stehlen angewiesen. Die gesammte Presse beschäftigt sich mit diesem Fall, der geradezu, trotz dem Unabwäglichen, was auf dem Gebiete des § 360 II geleistet wird, einzig dasteht. Die „Volkische Zeitung“ erörtert diese Beurtheilung ebenfalls sehr lebhaft, indem sie folgende Resolution mittheilt:

„Auch in Breslau hat sich einmal Folgendes zugetragen: Kaiser Friedrich war in jungen Jahren zum ersten Regiment com-mandirt. Er besuchte damals auch eine Vernehmung des Oberlandesgerichts in der schlesischen Hauptstadt. Um dem hohen Herrn etwas vorzutragen, was ihn vornehmlich interessiren würde, ließ der Präsident eine Staatslist der Verbrechen mitgeben. Der Berichterstatter wies nach, daß die Diebstähle in den letzten Jahren erheblich abgenommen hätten. Er schloß daran die Bemerkung, daraus könne man ersehen, daß die Moralität immer mehr zunehme. Da erhob sich das durch seine Freimüthigkeit bekannte Mitglied des Gerichtshofes Richter v. Unketter und sagte trocken: „Glauben Sie es nicht, Königliche Hoheit! Die Kartoffeln sind billiger geworden.“

Hierzu bemerkt das genannte Blatt:

„Wenn somit ein Oberlandesgerichtsrath in Anwesenheit des Erben der Krone die Ueberzeugung ausspricht, daß die Diebstähle in einem bestimmten Verhältniß zu den Kartoffelpreisen stehen, also ein Zusammenhang zwischen den Verbrechen und der Noth der Landleute, der Landarbeiter vorhanden ist wie soll es dann grober Unfug sein, sobald eine Zeitung Nichtsliches ausspricht? Aber muß man nicht angestrichelt dieser Redensart, die Frage stellen, welche Bedeutung überhaupt noch das Preßgesetz und das Strafgesetzbuch haben? Wenn man eine solche Straftat als groben Unfug erachten kann, so kann man schließlich Preßgesetz und Strafgesetzbuch abschaffen und durch den einzigen Paragrafen ersetzen: „Wer etwas Unreines thut, wird bestraft.“ Die Höhe der Strafe erweist auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Gericht nach gewissenhaftem Ermessen.“ Da nun fortwährend gebrüllt, man müsse den Mächten des Unrechts gegenüber die Rührung vor Gericht und Recht fürchten. Wie ist das möglich angesichts der Handhabung des Groben Unfugs-Paragrafen? Es ist nicht möglich eine entschlossene Mehrheit im Reichstag herbeizuführen, die dieser Rectification durch eine Veränderung des Gesetzes im Wege macht? Eine Regierung aber, die dieser Forderung widerstrebt, hätte sich ihr Urtheil selbst gesprochen. Sie brachte Wasser auf die Mühlen der Socialdemokratie.“

Wir wollen der „Voll. Ztg.“ hierauf nur erwidern, daß dieses Wasser auf unseren Mühlen schon vorhanden ist. Die vielen Proceffe auf Grund des § 360 II, von denen die meisten auf Socialdemokraten entfallen, zeigen nicht im Geringsten mit der öffentlichen Meinung, und nicht mit der Ansicht des Gesetzgebers selbst. Von den 53 Anklagen, die in diesem Jahre allein gegen die Redaction der „Volkswacht“ angehängt wurden, gehörten zwei Drittel in das Verdict der „groben Unfugs“. — Das spricht deutlicher denn Worte von Gräueltathen über das Wesen der Justiz!

Gegen die „Volkswacht“.

In der letzten Abend-Abend Generalversammlung des Breslauer Consum-Vereins sind u. A. auch ein Antrag Bergmann und Gerossen zur Verhandlung, die dahin geht, die Bekanntmachungen des Consum-Vereins aus der „Volkswacht“ zu veröffentlichen.

Dara bemerkt der „Bresl. General-Anzeiger“:

„Was den Antrag Bergmann und Gerossen betrifft, so dürfte denselben die Versammlung bezüglich der Abänderung des § 360 des Statuts von vornherein nicht entgegen, da thatsächlich ein Bedürfnis, die von dem Verein ausgehenden Bekanntmachungen noch in anderen, als den hiesigen hiesigenmässig bestimmten Zeitungen („Breslauer General-Anzeiger“, „Schlesische Zeitung“, „Breslauer Morgen-Zeitung“, „Voll. Ztg.“, „Volkswacht“ und „Breslauer Zeitung“) zu veröffentlichen nicht vorliegt.“

Wir bemerken hierzu daß unter unsern Lesern mindestens so viel Consum-Vereinsmitglieder sich befinden, als unter den Lesern der „Schlesischen“, „Breslauer“, und „Schlesischen Volkszeitung“. Die Mitglieder der Generalversammlung bedürfen dieses Winkes mit dem Vorbehalt des „unparteiischen Organs für Jedermann“ wahrlich nicht. Der Nachdruck zu der betreffenden Körperschaft büßt schon darin, daß der Antrag abgelehrt werden wird. (Ist auch immer für gegeben.)

\* Die Ggity-Versammlung. Wie schon gestern Abend im Concertsaal abgehalten wurde, war sehr zahlreich besucht. Der Vortrag mehrere 2 Stunden, davon eine Pause ein. Eine Diskussion fand nicht statt, obwohl in der Einladung zur Versammlung sogar eine „Ankündigung“ angekündigt wurde. Diese Abschwärzung hat bei zahlreichen Anwesenden nur zu berechtigtem Aufsehen herbeigeführt, waren doch viele nur der Diskussion halber gekommen. Die nach der Pause stattgefundenen „Erörterungen“ bestanden in der Beantwortung von aus der Versammlung gestellten Fragen, was manchmal geradezu lächerlich ausfiel. Herr v. Ggity ist wirklich ein sehr guter Mensch, daß aber die sociale Frage von seinem Standpunkt aus gelöst werden könne, das betrachten wir natürlich als vollkommen ausgeschlossen. Wenn der Vortragende sagt: „Alle Parteien, Confectionen, Secten und sonstigen U. verschiedene müssen verschwinden“, um das Ziel zu erreichen, so wird das eben ein frommer Wunsch bleiben. In einer Zeit, in der jeder politisch denkende Mensch einer bestimmten Partei angehört, ist das eben nur Utopie! Wir bringen morgen einen Bericht über den Vortrag.

\* Breslauer Consum-Verein. Die gestern Abend stattgefundene General-Versammlung des Breslauer Consum-Vereins nahm einen theilweise sehr stürmischen Verlauf. Ursache hierzu boten die von 66 Vereinsmitgliedern gestellten Anträge. Dieselben lauteten:

1. Die Bezirkseinteilungen sind nur alle drei Jahre zu verändern.  
Vertreter: Richter W. Langner.
2. Die Wählereignisse sind alljährlich 14 Tage vor der Wahl „öffentlich“ in den Verkaufsläden auszuliegen.  
Vertreter: Stellmacher J. Franke.
3. Der Verwaltung ist es nicht gestattet, auf Kosten der Mitglieder Stimmzettel drucken zu lassen und eigene Candidaten durch Vermittelung der Lagerhalter aufzustellen.  
Vertreter: Musik-Direktor A. Kuban.
4. Die Wahlberechtigung ist an ein Gehobenes von nur „zehn Mark“ gebunden.  
Vertreter: Kassierer A. Bergmann.
5. Die Bekanntmachungen des Vereins haben in der gesammten Breslauer Tagespresse zu erfolgen.  
Vertreter: Schlosser B. Woiwischek.
6. Vorschläge Anträge sind als Statuten-Nachtrag den einzelnen Paragrafen beizufügen.  
Vertreter: Brauereibesitzer J. Heider.

Wir werden morgen einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen bringen.

\* Zur Linderung der bitteren Noth der Wittwen und Waisen von Christen — Armenien findet heute Mittwoch 6 Uhr in der Elisabethkirche ein Gottesdienst statt, bei welchem milde Gaben in Empfang genommen werden. Es handelt sich um die Hinterbliebenen der Opfer, welche bei den Unruhen ihr Leben verloren haben. Wir gönnen den armen Wittwen und Waisen die paar Pfennige, welche für sie gesammelt werden, von ganzem Herzen, bewundern aber die Wohlthäter, welche die Noth in der ganzen Welt lindern wollen, aber natürlich nicht können. Dafür bietet das Land in Breslau den besten Beweis.

\* Zur Sonntagsruhe. Die Ausstellung von Photographien, die zum Verkauf bestimmt sind, während des sonntäglichen Gottesdienstes fällt nach einem schriftlich erlangten Erkenntnis des Strafgerichts unter der Begriffs der Ausstellung von Waaren und daher unter das Strafverbot einer Polizei-Verordnung, welche im Interesse der Gelfahaltung des Sonntags das Ausstellen von Waaren während der Stunden des Gottesdienstes untersagt.

\* Wichtig für Zeugen. Unlängst war ein Zeuge, welcher seinen Wohnsitz in Breslau hatte, zu einer schöffengerichtlichen Verhandlung nach Sigmund geladen. Nachdem ihm die Ladung bereits zugehakt war, verlegte er seinen Wohnsitz nach der M. Gauer Gegend, und da sein neues Domicil nicht an der Eisenbahn liegt, mußte er, als er zu dem Termin reiste, etwa zwanzig Kilometer per Wagen zurücklegen. Sehr unangenehm war er in Begleit überrascht, als ihm die Gerichtsstelle nur die Reisekosten von Breslau nach Sigmund und zurück erstattete. Er hatte nämlich seinen Wohnsitz nach dem einzigen Berichte nicht mitgetheilt und mußte aus dem Stadte auf sich nehmen. Es herrscht nämlich die Bestimmung, daß jeder Zeuge von einem etwaigen Wechsel seines Wohnortes, welcher in der Zeit zwischen der Ladung und dem Termin vor-gesommen ist, dem betreffenden Gerichte sofort Anzeige zu machen hat. Diese Bestimmung, welche sich übrigens auf jedem Formale einer Ladung vorgebracht befindet, trotzdem aber noch vielfach übersehen wird, ist hauptsächlich für den Richter von Bedeutung, denn das Gericht kann bei weiter Entfernung des Zeugen vom Gerichtsorte dessen commissarische Vernehmung bei einem näher gelegenen Orte, wodurch Kosten erspart und manche Unquemlichkeiten vermieden werden. Wird eine solche Anzeige nicht erstattet, so hat der Zeuge, wenn er von weiter her kommt, als bei der Ladung bekannt war, keinen Anspruch auf die Reisekosten. Wir theilen dies, da derartige Fälle nicht selten vorkommen hier zur Warnung mit.

\* Verbrennung von Wertpapieren. Verschiedene Wägen wurden im hiesigen Ständehause die eingeleisten Jaccapors, amerikanischen Provinzial-Geldscheine, Obligationen und Ban-Recultur-Kontaktritte u. dgl., welche zur Verbrennung bestimmt waren, verbrannt.

\* Auf der Zedliger Wiese ist durch das letzte Hochwasser die Grunte, welche auf der ganzen Fläche bis an die Westseite des Dammes gelegen hatte, vollständig zerstört und nun liegt, nachdem das Wasser abgeseiht ist, nur noch die Dämme wieder werden.

\* Warnung vor Opal. Das jetzt mit so großer Begeisterung gelesene Buch Opal ist auch mit äußerster Vorsicht zu genießen. Eine Dame verlor, wie die „Kreuz-Ztg.“ erzählt, mit Opal ein verdientes Geld zu reinigen, war aber höchst unangenehm überrascht, als die Fäden nicht verschwand, sondern sich über eine weit größere Fläche verbreiteten und schließlich als ganze Kleid durch das „Reinigungsmittel“ runter riefen. Auf ihre Veranlassung wurde die Firma A. Wasmuth u. Co. in Hamburg (welche, welche früher mit den Fädenanfertigungen in der hiesigen Gasse machte) um Sauberung angegangen. Ichte jedoch jede Vergütung ab und berief sich dabei auf eine ganz kleine gedruckte Bemerkung auf ihren mit den großartigen, Kapreilungen gesägten Reclamebogen. In dieser Bemerkung heißt es, wenn man Stoffe reinigen wolle, empfehle es sich erst an einem kleinen Stückchen des Stoffes vorsichtig

Versuche anzustellen! Diese kleine gedruckte Warnung fällt natürlich keinem Käufer in die Augen, erst wenn er Schadenersatz verlangt, wird sie ihm vorgehalten. Wie dem „Gewerblichen Ausschuss“ des Vereins für bürgerliche Interessen“ mitgeteilt wurde, ist der erwähnte Fall nicht einzig; anderen Damen und Herren ging es mit Opal, das gerade als Kleiderreinigungsmittel ganz besonders angepriesen wird, nicht besser. Die Zeitschrift „Gewerbliche“ warnt denn auch unter Berufung auf das Urtheil von Sach-kundigen vor dem Opal, das nicht im Entferntesten den Werth des Benzins und verwandter Fleckmittel habe, und jedenfalls auf seinen eigentlichen Werth hin angesehen, viel zu theuer bezahlt werde.

\* Stadt-Theater. Heute, Freitag, wird zum ersten Male die Oper „Das Heimchen am Herd“ von Carl Goldmark, Text nach Dickens gleichnamiger Erzählung von M. Willner, aufgeführt. Die bei der hiesigen Aufführung theilhaftigen Mitglieder, die Damen Krammer, Fiora, Garbin, die Herren Briefmeister, Schwarz, Schubert, sowie die Herren Kapellmeister Weintraub und Obergregisseur Habelmann haben zum großen Theil das Werk in Berlin beziehungsweise in Wien studirt. Morgen, Sonnabend, wird Holzings komische Oper „Der Waffenschmied“ wiederholt.

\* Kade-Theater. „Die offizielle Frau“, von Hans Ibsen, wird heute und morgen Sonnabend wiederholt.

\* Chaska-Theater. Sonntag gelangt der Schwant „Zwei Wappen“ von Oscar Blumenthal und Gustav Kadelburg zur Aufführung. Der Billetvorverkauf findet morgen, Sonnabend, von 10 bis 3 Uhr, im Eigarngeschäft des Herrn G. Schüller, Ring 10/11 (Eingang Blücherplatz), statt.

\* Volksvorstellungen im Chaska-Theater. Für die Gruppe B der Volksvorstellungen findet heute, Freitag, die erste Vorstellung, Lessings Lustspiel „Minna von Barnhelm“ statt.

\* An der Neuen Gasse gegenüber der Diebstahlschloß ist jetzt an der Stelle, wo die letzten Häuschen vom ehemaligen Kanonenhofe gestanden haben, ein eleganter Neubau vollendet worden.

\* Vermißt. — Obdachlos. Am 12. d. Mts. hat sich der dreizehn Jahre alte Knabe Franz Krause aus der Wohnung seiner Mutter, Klosterstraße 139, heimlich entfernt und kreibt sich seit dieser Zeit umher. Derselbe trägt braunes Jaquet, grau gestreifte Hose und grauen Füllhut. — Am 14. d. Mts., Abends, wurde das 10 Jahre alte Mädchen Emma Scholz auf der Promenade am Königsplatz obdachlos angetroffen und in das Armenhaus gebracht.

\* Unglücksfall. Am 14. d. Mts., Nachmittags 6 Uhr, gerieth am Gneisenauplatz die 3 Jahre alte Tochter eines auf der Sternstraße wohnhaften Kaufmanns in Gefahr, von einem Motorwagen gerammt zu werden. Das Kind stand bei seiner Mutter und sah seine älteren Geschwister über die Straße laufen. Das Kind wollte diesen nach, blieb aber inmitten des Geleises stehen, gerade, als von der Brücke her ein Motorwagen gefahren kam. Der Führer desselben sah das Kind stehen und bremste mit aller Gewalt. Dennoch schob der Wagen auf den seuchenden Schienen noch bis an das Kind und riß dieses zu Boden, wobei das Kind unter den Wagen gerieth. Um das Kind aus seiner gefährlichen Lage zu befreien, mußte der Wagen rückwärts fahren. Das Kind wurde von seiner Mutter sofort zu einem Arzt gerufen, der leichte äußere Verletzungen feststellte.

\* Körperverletzung. Am 14. d. Mts., Nachmittags, wurde ein Knabe auf der Messergasse von einem anderen Knaben mit einem Messer in den Kopf gestoßen. Der Knabe erhielt in der Unfallmedicinalstelle des Vereins freiwilliger Krankenpfleger die erforderliche Hilfe.

\* Diebstähle. Am 14. d. Mts., Vormittags, riß auf der Grabländerstraße ein ungefähr 14 Jahre alter Junge der sechs Jahre alten Tochter eines Vorhimmels ein Portemonnaie mit 1 Mark Inhalt aus der Hand und ergriff die Flucht. — Auf dem Neumarkt wurde einer Händlerin aus Herdorn ein vierähriger dummförmig angelegter Handwagen gestohlen. Derselbe soll ein etwa 10 Jahre alter Knabe weggefahren haben. — Am 15. d. Mts., früh, wollte ein auf der Sonnenstraße wohnendes Fräulein auf die Spantale gehen. Als sie eine stets verschlossen gebliebene Commode öffnete, um das dort verwahrte Sparbuchs zu sich zu nehmen, vermehrte sie das Buch. Eine Nachfrage bei der Sparkasse ergab, daß von dem Betrage (105 Mk.) des Buches bereits 104 Mark erhoben wurden seien. Der Dieb muß die Commode mittels Nachschlüssels geöffnet haben, da Spuren von Gewalt nicht sichtbar sind. — Aus der Wohnung eines Weichenstellers auf der Siedenbuserstraße worden 31 Mark, und aus der Wohnung eines Hausdieners auf der Oststraße wurde ein Portemonnaie mit 20 Mark Inhalt gestohlen.

\* Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 14. d. Mts. 19 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: Ein Pelz mit grauem Bezug, eine Pferdebede, ein Fahrradpedal, zwei kleine silberne Köpfe. — Abhandelt kamen: ein goldener Trauring gezeichnet G. oder K. N. 27. S. 89., eine goldene Damenuhr, gez. J. J., ein Kronenstehhalter, ein Zahnmarzipan, eine Amethystbroche, ein Portemonnaie mit 10 Mark Inhalt, ein silbernes und ein goldenes Vincenz.

\* Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom 4. October bis 10. October 1896 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau 93 Geburten statt. In der Vorwoche wurden 269 Kinder geboren; davon waren 229 männlich, 40 weiblich, 265 lebendgeboren, (148 männlich, 117 weiblich), 4 todtgeboren, (1 männlich, 3 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (eig. Todtgeborene) betrug 133 (67 männlich, 66 weiblich) mit Einschluß der nachträglich aus Vorwochen gemeldeten. Von den Gestorbenen fanden im Alter von 0 bis 1 Jahr 45 darunter — unehelich Geborene), 1 bis 5 Jahren 20, von 5 bis 10 Jahren 2, von 10 bis 15 Jahren 2, von 15 bis 20 Jahren 4, von 20 bis 25 Jahren 2, von 25 bis 30 Jahren 4, von 30 bis 40 Jahren 16, von 40 bis 50 Jahren 13, von 50 bis 60 Jahren 10, von 60 bis 70 Jahren 13, von 70 bis 80 Jahren 10, über 80 Jahre 2. Alter unbekannt. — Es starben an Scharlach 1, an Malaria und Malaria 1, an Rose 1, an Diphtherie und Group 2, an Wochenbettfieber — Keuchhusten 4, an Unterleibstypus —, an acutem Gelenk-Rheumatismus —, an Ruhr —, an Brechdurchfall 1, an Wagnen und Darmcatarrh bei Kindern bis 5 Jahren 10, an anderen acuten Darmkrankheiten 4, an anderen Infectionskrankheiten —, an Krebs 7, an Gehirnschlag 6, an Krämpfen 5, an anderen Krankheiten des Gehirns 8, an Lungenschwindsucht 20, an Lungen- und Luftröhren-Entzündung 17, an anderen acuten Krankheiten der Athmungs-Organe 3, an anderen Krankheiten der Nahrung-Organe 5, an Venenkrankheiten und Arteriosklerose der Kinder 14, an allen übrigen Krankheiten 30, in Folge von Verunreinigung 3, in Folge von Selbstmord 3, Unbekannt 1, Todt-Adel —. Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kamen in der Zeitperiode: Scharlach überhaupt 18,36, im ersten Lebensjahre Geborene 6,21, an Lungenschwindsucht Gestorbene 2,76.

\* Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten. In der Woche vom 4. October bis 10. October 1896 wurden 60 Erkrankungsfälle gemeldet und zwar erkrankten an mod.

